

Kommentare und Berichte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 12

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare und Berichte

EINE NEUTRALE TSCHECHOSLOWAKEI?

Zum Neutralitätsproblem in den tschechoslowakisch-sowjetischen Diskussionen der letzten beiden Jahre

Bei der so offenen Diskussion über innenpolitische Probleme der Re-Demokratisierung und Pressefreiheit, aber auch über eine neue selbstbewusstere Phase der tschechoslowakischen Aussenpolitik hat die Frage der Neutralität bei offiziellen Stellungnahmen eher eine sekundäre Rolle gespielt. Aber auch auf bescheidene Hinweise in der Presse, ob die Tschechoslowakei nicht den Status der Neutralität anstreben solle, wurde von sowjetischer Seite aussergewöhnlich heftig reagiert.

Vorzeichen in der Novotny-Zeit

Keineswegs erst im Verlauf des Jahres 1968, sondern schon in der späten Novotný-Zeit ist das Neutralitätsproblem zur Diskussion gestellt worden. Im Zentralorgan der slowakischen KP wurde im Herbst 1967, wenn auch in der Leserspalte, zur Frage Stellung genommen: «Wäre es nicht klüger, wenn die ČSSR neutral wäre?» In der redaktionellen Antwort und Stellungnahme hiess es damals unter anderem: «Es klingt äusserst verlockend: angesichts der dauernd angespannten Weltlage, der ständigen Kriege und immer wieder neuen bewaffneten Zusammenstösse (Vietnam, Naher Osten, Aden, Cypern...) – wäre es nicht klüger und vorteilhafter, wenn unser Land, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, neutral wäre? So wie zum

Beispiel Schweden, die Schweiz oder auch Österreich?» Und hinzugefügt wurde: «Solche Ansichten werden nicht nur bei Biertisch-Unterhaltungen laut, sondern auch bei durchaus ernst zu nehmenden Diskussionen.» Dann aber heisst es: «Haben sich die Tschechen und Slowaken, die als echte Träger der nationalen Ehre für die Unabhängigkeit und Freiheit des Volkes gekämpft haben, von irgendwelchen Illusionen und Gottesfurcht leiten lassen? Niemals. Sie gingen in ihren Handlungen immer von der konkreten Bewertung der Situation aus und gingen dabei, wie die Geschichte beweist, den einzig richtigen Weg... In einer derartigen Situation können Schweden oder die Schweiz neutral bleiben, wo die Neutralität mehr als hundertjährige Wurzeln hat und geschichtlich fundiert ist. Auch Österreich kann neutral sein – obwohl seine männliche Bevölkerung zum Grossteil in der hitlerischen Wehrmacht gegen die Sowjetunion und seine Verbündeten gekämpft hat – wo die Verankerung der Neutralität ein bedeutender Erfolg der fortschrittlichen Kräfte Österreichs und anderer demokratischer Länder der Welt ist. Die ČSSR kann jedoch in dieser Situation nicht neutral sein. Ein Staat, gegen den die unmittelbare Drohung der Weltreaktion gerichtet ist, ein Staat, der aus seinen Erfahrungen die einzig richtigen Folgerungen bereits gezogen hat und im Interesse seiner Bürger mit den anderen

sozialistischen Staaten freundschaftliche Beziehungen und militärische Bündnisse aufrechterhält^{1.}»

«Neutralität» – kein offizielles Thema des Prager Frühlings

So sehr eine Neutralität wenige Monate später von weiten Teilen der Bevölkerung der Tschechoslowakei diskutiert und das Thema von der Presse auch gelegentlich aufgenommen wurde, so wenig gehörte die «Neutralität» zu den Forderungen oder gar Themen der Männer des Prager Frühlings. War man bei den innenpolitischen Forderungen und Plänen radikal, so blieb man in Fragen der Aussenpolitik (einschliesslich des Neutralitäts-Problems) und in militärischen Fragen – von wenigen Ausnahmen, etwa der Attacke von General Prchlik gegen den Warschauer Pakt, abgesehen – eher zurückhaltend.

In dem interessanten und längst als ungültig erklärten «Neuen Aktionsprogramm» vom 5.4.1969² ist der aussenpolitische Teil der zurückhaltendste und konservativste; der vermutlich revolutionärste Satz spricht von einer «aktiveren europäischen Politik», die Frage einer Neutralität wird hier ebensowenig angeschnitten wie in der Regierungserklärung der neuen Regierung Černík am 24.4.1969³, die eigentlich nur eine Zusatzklärung zum Aktionsprogramm der KPČ darstellt.

Unmittelbar vorher ist das Thema «Neutralität» – wenn auch negativ beurteilt – angeklungen. Knapp vor seinem Sturz befasste sich der Stellvertretende Aussenminister der ČSSR, Dr. Jan Pudlak, damit und erklärte unter anderem: «Wir wissen, dass wiederholt in der Öffentlichkeit bereits die Frage aufgeworfen wurde, ob es nicht besser wäre, wenn unser Land sich zur aktiven Neutralität bzw. Disengagement bekennen würde. Derartige Gedankengänge und Ansichten sind wohl darauf zurückzuführen, dass unsere Interessen und Möglichkeiten nicht verstanden werden und dass solche Überlegungen im Gegensatz zum Geist des letzten Plenums des Zentralkomitees wie auch den Auf-

fassungen über den tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus stehen. Man sucht schon wieder Vorbilder anderswo, anstatt aus unseren geschichtlichen Erfahrungen, aus unserer Lage in Mitteleuropa und unseren Lebensinteressen Lehren zu ziehen ... In keinem Fall werden wir die Position des Sozialismus aufgeben und deshalb wird unsere Aussenpolitik auch weiterhin eine sozialistische Aussenpolitik bleiben^{4.}...»

Mag nun auch Pudlak kein Mann des Prager Frühlings gewesen und mag diese Erklärung nur wenige Wochen vor Pudlaks Ablösung als Stellvertretender Aussenminister erfolgt sein, der aussenpolitische Teil der Stellungnahme des Präsidiums der KPČ vom 18. Juli 1968 zum Warschauer Brief der fünf kommunistischen Parteien unterscheidet sich von dieser Stellungnahme kaum. Hier heisst es unter anderem: «... es ist wohlbekannt, dass die ČSSR eine konsequente sozialistische Aussenpolitik betreibt, deren Grundsätze im Aktionsprogramm der KPČ und in der Programmklärung der Regierung formuliert wurden. Diese Dokumente, die Äusserungen der führenden tschechoslowakischen Vertreter, sowie unsere sonstigen Aktionen gehen konsequent von den Grundsätzen des sozialistischen Internationalismus aus, von dem Bündnis und von der Entfaltung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten^{5.}»

Harmlose Pressediskussionen

Aber nicht nur die offiziellen Stellungnahmen, auch die Kommentare der Presse zu einer aussenpolitischen Neuorientierung waren eher harmlos. Unter dem Titel «Neutralität – können wir sie uns leisten?» erklärte Jaroslav Brabec: «Die Tschechoslowakei hat es in vieler Hinsicht schwer, eine eigenständige Politik zu verfolgen... Nach meiner Meinung ist die Zeit einer grundlegenden Änderung unserer gesamten Aussenpolitik noch lange nicht reif. Das Konzept unserer Aussenpolitik beruht noch immer auf den Auswirkungen der mitteleuropäischen Situation von 1945. Ob-

wohl sich im Zentrum Europas während dieses Vierteljahrhunderts sehr viel geändert hat, blieb der Hauptgrund für die Unsicherheit – die offene deutsche Frage und damit eine ganze Reihe von unser Land betreffenden Problemen – bestehen. Gerade aus dieser Situation heraus können wir uns eine nur auf uns selbst gestellte, also eigenständige Politik, nicht leisten⁶...»

In einer ausführlichen Stellungnahme zu aussenpolitischen Fragen erklärte das KPČ-Zentralorgan «Rudé právo» unter anderem: «Eine vereinzelt Stimme, die sich auf das Beispiel Finnlands und seiner aktiven Neutralität berief, war nur eine Stimme in der akademischen Diskussion. Unseren Bürgern, die sich an München erinnern, und unsere junge Generation, die sehr scharf denkt, ist es klar, dass die Tschechoslowakei auf einem anderen Breitengrad liegt, nicht in dem ruhigen Bereich des europäischen Nordens, neben dem neutralen Schweden, sondern in der Mitte Europas, wo sie an Bayern grenzt, wo die neonazistische Partei gerade im vergangenen Jahr eine Reihe von Mandaten erzielt hat⁷.»

Etwas weiter wagt sich eine aussenpolitische Stellungnahme im Mai, die allerdings auch keineswegs den Status der Neutralität für die ČSSR vorschlägt: «Ein neues System der Sicherheit in Europa kann nur in Etappen verwirklicht werden, wobei gesamteuropäische gegenüber einzelnen Interessen den Vorrang haben müssen. Aus dieser Überlegung heraus ist es für die ČSSR notwendig, eine Haltung in der deutschen Frage einzunehmen... Das Gebiet in Zentraleuropa sollte stufenweise in eine besondere Zone verwandelt werden, in der Abrüstungsmassnahmen, einschliesslich Beseitigung der Atomwaffen, vorgenommen werden. Es ist notwendig, für diese Politik realistische Kreise vor allem in der Bundesrepublik zu gewinnen und sie davon zu überzeugen, dass die Überwindung der existierenden militär-politischen Blöcke in Europa in Deutschlands eigenem Interesse ist, dass in dieser Hinsicht die Interessen der mitteleuropäischen Staaten gleich sind⁸.»

Diese während des «Prager Frühlings» in engen Grenzen geführte aussenpolitische Diskussion wurde eher noch zurückhaltender, als die Neutralität in der Liste jener Probleme aufschien, über die die tschechischen und slowakischen Zeitungen nicht schreiben durften, eine Liste, die den Chefredakteuren am Vorabend der Gespräche von Čierna übermittlelt wurde und die rund 32 Seiten umfasste⁹.

Scharfe sowjetische Reaktion

Trotz dieser eher harmlosen – und inoffiziellen – Diskussion reagieren die Sowjets scharf, auch wenn das von ihnen herausgegebene «Weissbuch» vermutlich einen schwachen Abklatsch der sowjetischen internen Argumentation darstellt. Hier, im Weissbuch, muss man übrigens bis zu Leserschriften zurückgreifen: So habe «Mladá fronta» durch den Mund eines ihrer Leser verkündet: «Die Frage der Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager wurde vor 23 Jahren von alten Herren entschieden, heute aber ist die Jugend mit ihnen nicht einverstanden... Sie will Neutralität, Verzicht auf jegliche Aussenpolitik und nicht nur die Auflösung der Armee...» «In einer Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften wie auch im Rundfunk und Fernsehen ertönt immer eindringlicher der Ruf nach Freundschaft mit allen ohne Ausnahme («Pravda», Pressburg), nach einer «neutralen Politik mit Zustimmung der Grossmächte oder der UNO» («Mladá fronta»), nach einer «Normalisierung der Beziehungen zur BRD und zu Israel»... «Europa droht keine Kriegsgefahr», predigt «Literární listy» (Nr. 12, 1968) «und demzufolge entbehrt der Ruf nach der Einheit des sozialistischen Lagers angesichts der Gefahr eines Kriegsüberfalles jeder ernstesten Begründung.» «Wenn dem aber so ist, so lasst uns für die Tschechoslowakei in dieser Zeit unruhigen Welt die Rolle einer Schweiz wählen» («Mladá fronta», 8. Juli 1968).»

Weiter heisst es im «Weissbuch»: «Um eine Art Gegengewicht zum Warschauer Vertrag zu schaffen, klammerten

sich die antisozialistischen Kräfte an die ihnen aus dem Westen zugespielte Idee einer Galvanisierung der Kleinen Entente als eines regionalen Blocks sozialistischer und kapitalistischer Staaten und einer Art Puffer zwischen den Grossmächten^{10.}»

Das Parlament zur Neutralitätsfrage

Wenn im sowjetischen Weissbuch im Zusammenhang mit der Neutralitätsfrage keine einzige massgebliche Persönlichkeit zitiert wird und man sogar zu Leserbriefen zurückgreifen muss, so war es später einem Tschechen, dem Vorsitzenden einer Betriebsparteiorganisation in Pecky, František Bedrna, vorbehalten, Dubček und Smrkovský vorzuwerfen, «den Bruch der Allianz mit der Sowjetunion und die Neutralisierung der ČSSR beabsichtigt zu haben^{11.}»

Allerdings setzte sich auch das Prager Parlament – und zwar noch vor dem August 1968 – mit der Neutralitätsfrage auseinander. Am 15. August 1968, also eine Woche vor dem Truppeneinmarsch, gab das Prager Parlament eine Erklärung ab, dass eine Neutralität für die Tschechoslowakei deshalb nicht in Frage komme, weil diese bedeutungslos sei, wenn sie nicht von der Sowjetunion garantiert werde.

Auch diese an sich harmlose Verlegenheits-Lösung musste später rückgängig gemacht werden; im November 1969 forderte der aussenpolitische Ausschuss der Volkskammer des tschechoslowakischen Parlaments, dass die Kammer die die Neutralität betreffende Erklärung vom 15. 8. 1968 annullieren müsse, weil damals die Zurückweisung der Neutralität nicht aus Gründen erfolgt sei, die «mit der kommunistischen Ideologie im Zusammenhang standen»^{12.}

Um die Rolle der kleinen Staaten

War also die Neutralitäts-Frage ein ausgesprochen neuralgischer Punkt bei den besonders gründlich formulierten aussenpolitischen Erklärungen, so wurde ein

«Fluchtweg» bald nicht weniger kritisch vermerkt.

Im aussenpolitischen Ausschuss der Kammer der Nationen äusserte sich im April 1969 die Vorsitzende Ing. Petronella Visnovcová, wenn auch vorsichtig verpackt, folgendermassen: «Gerade kleine Staaten schaffen durch ihre Aussenpolitik einen gewissen Stabilisierungsfaktor zwischen den Grossmächten.» Ein Jahr zuvor hat der später so verhasste Aussenminister Jiří Hájek folgendermassen formuliert: «Wir dürfen nicht vergessen, dass die Politik der Sowjetunion als sozialistische Weltmacht andere Auswirkungen mit sich bringt als jene der Tschechoslowakei, eines kleineren Staates, dem naturgemäss an Fragen Mittel- und Südosteuropas grössere Bedeutung zugemessen wird. Es wäre jedoch unrealistisch anzunehmen, dass die tschechoslowakischen Vorstellungen sofort auf vollkommenes Verständnis, Zustimmung oder Unterstützung seitens der Mehrheit der sozialistischen Länder stossen werde^{13.}»

Diese und ähnliche Formulierungen wurden bald heftig kritisiert. Im KPČ-Zentralorgan schrieb der stellvertretende Aussenminister Antonín Kroužil: «Die Theorie von der besonderen Sendung der kleinen und mittleren Länder und die Behauptung, es bestünde ein gewisser Antagonismus zwischen ihren Interessen und jenen der Grossmächte, ignoriert den sozialpolitischen Standpunkt und stützt sich in erster Linie auf geographische Faktoren. Die Logik dieser Theorie zielt dahin ab, die europäischen sozialistischen Länder von der Sowjetunion loszureissen und sie mit den kleinen Ländern des kapitalistischen Europa zu vereinigen. Also kein Kampf für den Sozialismus, der die Vereinigung aller sozialistischen Länder erfordert, sondern Teilung der sozialistischen Länder, die gegeneinander ausgespielt werden sollen^{14.}...»

Auch Aussenminister Jan Marko griff dieses Problem im aussenpolitischen Ausschuss der Tschechoslowakischen Bundesversammlung am 11. 11. 1969 auf^{15.} Dabei wandte er sich eindeutig gegen die «rechts-

gerichteten Theorien» über das Verhältnis von kleinen und grossen Mächten, Theorien, die besagten, auch im sozialistischen Lager müssten sich die kleinen Mächte enger zusammenschliessen, wenn sie sich gegen die Vorherrschaft der einen Grossmacht behaupten wollten. Solche Vorstellungen beruhten auf einer absolut negativen Einschätzung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten und auf einer bewusst falschen Darstellung der Verbindung zwischen der Sowjetunion und Osteuropa¹⁶.

¹ «Pravda» (Zentralorgan der KPS), Pressburg, 26.11.1967. – ² Aktionsprogramm der KPC, «Der Weg der Tschechoslowakei zum Sozialismus» vom 5.4.1968, abgedruckt in «Rudé právo» (Zentralorgan der KPC), Prag, 6.4.1968. – ³ «Rudé právo», Prag, 25.4.1968. – ⁴ «Pravda», Pressburg, 24.3.1968. – ⁵ CTK («Československá tisková kancelář»), Prag, 19.7.1968. – ⁶ «Predvoj», Wochenblatt der KPS für Politik, Kultur und Wirtschaft, Pressburg, 21.3.1968. – ⁷ «Rudé právo», Prag, 16.3.1968. – ⁸ «Rudé právo», Prag, 13.5.1968. – ⁹ Harry Slapnicka, Schwejk im Wandel, Wien 1970, S. 246. – ¹⁰ Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei – Tatsachen, Dokumente, Presse- und Augenzeugenberichte,

Von den Erfahrungen beim ungarischen Aufstand her wusste man in Prag, dass das Problem der Neutralität ein brisantes sei, und brachte es offiziell gar nicht ins Spiel. Die relativ bescheidenen und harmlosen Stellungnahmen und Vorschläge in der Presse wurden von seiten der Sowjetunion ungewöhnlich hart zurückgewiesen. Im übrigen war es dann vor allem die sogenannte Breschnew-Doktrin, die die Diskussionen beherrschte¹⁷.

Harry Slapnicka

herausgegeben von einer Pressegruppe sowjetischer Journalisten, Moskau 1968, S. 83–85. – ¹¹ Radio Prag, 26.8.1969, abgedruckt in «Osteuropäische Rundschau», München, 10/1969, S. 30. – ¹² Associated Press (AP), 11.9.1969. – ¹³ CTK, Prag, 12.6.1968. – ¹⁴ «Rudé právo», Prag, 24.7.1969. – ¹⁵ «Rudé právo», Prag, 12.11.1969. – ¹⁶ In diesem Zusammenhang siehe auch Dietrich Möller «Der Traum von einer Donauföderation» in: Aussenpolitik, 7/1969, S. 424–431. – ¹⁷ Vgl. Boris Meissner, Die «Breschnew-Doktrin» – Das Prinzip des «proletarisch-sozialistischen Internationalismus» und die Theorie von den «verschiedenen Wegen zum Sozialismus», Köln 1969.

AMERIKA AN DER SCHWELLE DER SIEBZIGER JAHRE

Wenige Wochen nach der traditionellen State-of-the-Union-Botschaft hat Präsident Nixon dem Kongress einen aussenpolitischen Rechenschaftsbericht unterbreitet, in welchem er die weltpolitischen Ziele seiner Administration umreisst. Es handelt sich weniger um eine in die Zukunft weisende Vision der künftigen Aufgaben Washingtons auf internationalem Gebiet als um eine *subtile Analyse* der gegenwärtigen Situation. Das umfangreiche Kompendium – es umfasst über hundert Seiten – trägt die Handschrift von Nixons aussenpolitischem Berater *Professor Henry Kissinger*; es ist soweit mehr das Werk einer systematischen wissenschaftlichen Durchdringung der Materie als das Ergebnis tagespolitischer Überlegungen.

Flexible Aussenpolitik

Im Grundzug freilich entspricht diese *State-of-the-World-Message* der bisher von Nixon im Weissen Haus verfolgten Politik des *Pragmatismus*. Die Botschaft legt sich nicht auf irgendein verpflichtendes Programm fest; der Präsident will sich, wie er es im ersten Jahr seiner Amtszeit praktizierte, alle Wege und Möglichkeiten offenhalten. Washingtons Aussenpolitik wird sich unter Nixon nach den neuen Gegebenheiten richten, welche die gewandelte internationale Lage erfordert – das mag ein Gemeinplatz sein, aber es ist im Essentiellen der Gehalt der jüngsten Botschaft des Präsidenten an den Kongress.

Auf den ersten Blick ist das Wesent-

liche an Nixons Ausführungen der Wunsch und die Absicht, die amerikanische Rolle in der internationalen Politik zu begrenzen, die weltweiten Engagements so weit abzubauen, dass sie für die Vereinigten Staaten künftig tragbar sind. Tendenzen in Richtung eines neuen Isolationismus also? Eine solche Interpretation wäre wohl falsch. Das Rad der Zeit lässt sich nicht zurückdrehen. Nach 1918 glaubten die USA, es sich leisten zu können, in die *splendid isolation* der Jahre vor 1914 zurückzukehren; die spätere Entwicklung hat sie jedoch rasch eines besseren belehrt, und diese Lehre ist unvergessen geblieben. Nach 1945 haben die Vereinigten Staaten ihr weltweites Netz an politischen Verpflichtungen aufgebaut, und heute beruht die ganze internationale Politik auf diesem in den Jahren des dem Zweiten Weltkrieg folgenden Kalten Krieges entstandenen System der *globalen Polarität*, die zu einer Art Naturgesetz der zwischenstaatlichen Beziehungen geworden ist, wie es früher das europäische Gleichgewicht war. Aus diesem System kann Amerika, selbst wenn es wollte, nicht ausscheiden ohne sich selbst und seine eigene Sicherheit aufs äusserste zu gefährden.

Neue Faktoren

Nixons Botschaft geht von der Überlegung aus, dass im gegenwärtigen Augenblick ein entscheidender Punkt der internationalen Entwicklung erreicht sei, eine «Wasserscheide», die das *Ende der Nachkriegszeit* markiere. Das eben begonnene Jahrzehnt stehe unter wesentlich anderen Vorzeichen als die beiden vorangegangenen. *Westeuropa* und *Japan*, die beide unter den Einwirkungen des Zweiten Weltkrieges am stärksten gelitten haben, haben heute ihre Schwäche überwunden und sind – vor allem wirtschaftlich – bestimmende Faktoren des internationalen Kräftespiels geworden. Im Gegensatz dazu ist die Einheit des kommunistischen Lagers zerbröckelt, die Zeit des östlichen Monolithismus vorbei. Aber auch die amerikanische Supre-

matie ist im Schwinden begriffen, auf dem Gebiete der *strategischen Waffen* hat die Sowjetunion aufgeholt, und der Konflikt in *Vietnam* hat die Grenzen der amerikanischen Macht aller Welt deutlich demonstriert.

Problematik der aufgeteilten Lasten

Den Schluss, den das Weisse Haus aus dieser gewandelten Situation zieht, liegt in der Neuverteilung der internationalen Lasten. Im Zeichen des «Burden sharing» sollen Amerikas Verbündete mehr als bisher ihren Anteil an der gemeinsamen Sicherheit selbst tragen – auch das freilich keine taufrisch-neue Idee. Die Problematik des Gedankens einer vermehrten Übertragung von Verteidigungslasten auf die Schultern der Alliierten Amerikas hat sich in der Vergangenheit schon oft gezeigt: jede Ankündigung eines amerikanischen Truppenabbaues ist jeweils in dem Sinne ausgelegt worden, dass die internationale Lage eine *Entspannung* erfahren habe und damit ganz generell zu Rüstungsreduktionen geschritten werden könne. Der Effekt war üblicherweise kontraproduktiv, und es gibt gegenwärtig keine Anzeichen, dass es dieses Mal anders sein würde.

Nixons Botschaft hat es sorgfältig vermieden, bereits konkrete Angaben über das ins Auge gefasste «Burden sharing» zu machen. Das gilt vor allem für *Europa*. Mit Nachdruck wird unterstrichen, dass die Sicherung Europas von *zentraler Bedeutung für die Erhaltung des Weltfriedens* sei. Die vor kurzem laut gewordenen Pläne über einen bevorstehenden weiteren Abzug amerikanischer Truppen aus Europa erfahren keine Bestätigung. Die Strategie der «Flexible response» soll weiter gelten. Wie lange freilich, bleibt ungewiss. Amerika sucht weiterhin, zusammen in Konsultationen mit seinen Verbündeten, Wege nach einer *neuen Art der Partnerschaft* mit Europa. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass diese nicht leicht zu finden sind und die Gefahr schwerer Belastungsproben für die westliche Allianz in sich bergen. Opera-

tionen wie «Big lift» haben es deutlich gemacht, dass selbst die technisch präziseste Organisation einer blitzschnellen Verlegung grösserer Truppenverbände über den Ozean kein vollwertiger Ersatz für die Präsenz der amerikanischen Truppen in Europa ist. Eine Ablösung der aus Europa abgezogenen US-Streitkräfte durch europäische Einheiten ist ebenfalls problematisch. Praktisch würde dies auf eine *Verstärkung der Bundeswehr* hinauslaufen – ein Prozess, der weder in der Bundesrepublik noch bei den übrigen europäischen Staaten Westeuropas auf grosse Begeisterung stossen würde. Eine Alternative zur Sicherheitsgarantie, welche die Anwesenheit starker amerikanischer Einheiten in Europa bedeutet, ist noch nicht gefunden.

Das Engagement in Asien und Nahost

Auch über das amerikanische Engagement in Asien äussert sich Nixon vorsichtig. Zwar wird besonders hier die notwendige Begrenzung stark hervorgehoben. Der angestrebte Verzicht auf Interventionen in *Insurgenzsituationen* zielt auf Vietnam ab. Aber diese «engagementspolitische Gesundheitschirurgie», der hier das Wort geredet wird, zeigt noch keinen Weg auf, wie sich die Vereinigten Staaten aus dem Vietnamkrieg lösen können, ohne einen schweren Verlust ihres Prestiges und ihrer Position in Südostasien in Kauf zu nehmen. Hanoi hat auch in den letzten Wochen und Monaten auch nicht die Spur eines Willens zu einem Entgegenkommen gezeigt. Nixon muss sich für die Zukunft weiterhin alle Möglichkeiten offenhalten.

Vollends beim Appell an den guten Willen Moskaus bleibt es bei der Konfrontation im Nahen Osten. Der amerikanische Präsident hat an die Sowjetunion das *Signal* gerichtet, beidseitig eine Einschränkung der Aktivität der Grossmächte in diesem Konfliktgebiet vorzunehmen. Die jüngsten Gesten des Kremls gegenüber den Arabern deuten nicht darauf hin, dass Moskau diesem Wink folgen wird. Das sowjetische Interesse, im östlichen Mittel-

meer den Topf am Kochen zu erhalten, überwiegt noch immer und bestimmt die Richtung der russischen Politik im östlichen Mittelmeer.

Konfrontation der Supermächte

Trotz der Feststellung, dass die Nachkriegszeit zu Ende sei und neue Wege der internationalen Politik sich abzeichneten, zeigt Nixons Botschaft, dass in den Grundzügen die Situation auch heute noch die gleiche ist, wie sie 1945 durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges entstand. Die in den beiden Supermächten Amerika und Russland verkörperte *Bipolarität* bleibt bestimmend für das weltpolitische Geschehen. Zwar zeichnet sich als dritte gleichrangige Macht *China* am Horizont ab; aber auch hier zeigt der amerikanische Präsident die gewohnte Vorsicht in der aktuellen und potentiellen Bewertung dieses ungewissen Faktors. Praktisch hat der ideologische und politische Streit zwischen China und der Sowjetunion bisher Moskau kaum in der Entfaltung seiner Machtansprüche gehindert. Wer glaubte, die Spannung an der Tausende von Kilometern langen sowjetisch-chinesischen Grenze zwingen den Kreml, in Europa grössere Kompromissbereitschaft zu zeigen, wurde im August 1968, als die Truppen des Warschaupaktes in die unbotmässige *Tschechoslowakei* einmarschierten, eines besseren belehrt. Dass sich hier auf längere Fristen einmal neue Entwicklungen anbahnen können, scheint zwar so gut wie sicher. Die Vereinigten Staaten suchen den Kontakt, den sie mit dem kommunistischen China seit Jahren durch die Botschaftergespräche in Warschau aufrechterhalten, nicht abbrechen zu lassen und haben ihn in den letzten Wochen sogar intensiviert. Wenn Nixon aber in seiner Botschaft erklärte, dass er die Spannungen zwischen Moskau und Peking nicht ausnützen wolle, um daraus für die amerikanische Politik Kapital zu schlagen, so trägt er damit nüchtern dem Umstand Rechnung, dass jedes allzu durchsichtige

Agieren Washingtons in dieser Richtung leicht ins Gegenteil der beabsichtigten Wirkung umschlagen könnte. Auch zu Beginn der siebziger Jahre ist die konventionell und nuklear hochgerüstete Sowjet-

union die einzige den Vereinigten Staaten ebenbürtige Macht, deren Bewegungen weitgehend auch die Politik Washingtons bestimmen.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Leiden und Freuden eines Finanzministers

Bundesrat Celio ist gegenwärtig wohl der meistbeschäftigte unter unseren vielbeschäftigten Landesvätern und sieht sich dabei einer ausserordentlichen Summierung von „heissen Eisen“ gegenüber. Denn er hat nicht nur „seine“ Reform der Bundesfinanzordnung durchzufechten, sondern er musste auch in die Konjunkturpolitik einsteigen, weil er als Stellvertreter des erkrankten Demissionärs Bundesrat Schaffner noch zu dessen Amtszeiten dieses schwierige und undankbare Geschäft an die Hand zu nehmen hatte. Dabei ist ihm unterschiedliches «Schlachtenglück» beschieden.

Bei der *Konjunkturpolitik* wird er ganz ausgeprägt in schwerstes Kreuzfeuer genommen. Auf der einen Seite stehen die Vertreter der «reinen» Wirtschaftspolitik, das heisst jene, die es im Interesse der Gesamtwirtschaft als unerlässlich erachten, eine straffe Konjunkturpolitik zu entwickeln, auch wenn diese da und dort schwerer wiegende Wunden aufreissen sollte. Dazu gehören vor allem die Vertreter der Wirtschaftstheorie mit ihrem publizistischen Gefolge sowie Exponenten einzelner Bundesverwaltungszeige und der Nationalbank. Ihnen stehen die Sprecher der unmittelbar betroffenen Wirtschaftsgruppen gegenüber, die ihre eigenen Interessen mit allem Nachdruck zu verteidigen wissen. Bundesrat Celio, der «es» nicht nur im Kopf, sondern auch in den Fingerspitzen hat, suchte nach einem Mittelweg, der Dämpfung versprechen und

doch eine solide politische Basis erlangen sollte. Der Versuch dürfte, das zeichnet sich schon heute ab, zum Scheitern verurteilt sein. Darüber ist in der «Wirtschaftschronik» dieses Heftes mehr zu lesen.

Finanzpolitischer Achtungserfolg

Hat Bundesrat Celio im konjunkturpolitischen Bereich bisher also wenig Lorbeeren geerntet, so war er in seiner engeren Domäne, der Finanzpolitik, in letzter Zeit erfolgreicher. Und dies, obwohl sein Reformprogramm anfänglich unter einem schlechten Stern zu stehen schien: Als im November 1968 der erste Entwurf unter dem Stichwort «Anpassung der Einnahmen an den erhöhten Finanzbedarf» publiziert wurde, folgten ihm auf dem Fusse Abschlusszahlen der eidgenössischen Rechnung, welche die Vorlage als allzu pessimistisch erscheinen liessen. Bundesrat Celio zog die Konsequenzen und verlagerte den Akzent von der Mittelbeschaffung auf die mittelfristigen Probleme sowie auf die Linderung der kalten Progression bei der Wehrsteuer. Damit sollte einerseits die allmähliche Verschiebung der Anteile von direkten und indirekten Steuern korrigiert werden (1960 standen Warenumsatzsteuern und Zölle zur Wehrsteuer noch im Verhältnis von 4,5 zu 1; bei unveränderter Ordnung würde die Relation dagegen 1974 noch etwa 1,4 zu 1 betragen). Und andererseits sollte durch die Aufhebung der zeitlichen und materiellen Beschränkungen mit der ständigen Zeitnot aufgeräumt wer-

den, die zum Beispiel dazu geführt hat, dass bis heute noch keine Ausführungsgesetzgebung zustande gekommen ist.

Die Ausgangslage erschien auch nach diesen Korrekturen noch nicht gerade glänzend. Vor allem aus dem Lager der Konservativ-Christlichsozialen wurde zunächst heftige Kritik angemeldet. Einerseits hiess es, dass das «Programm Celio» nicht weniger überflüssig und fadenscheinig sei als das zuvor abgelehnte «Sofortprogramm Bonvin». Andererseits wurde aus dem gleichen Lager die Forderung laut, dass eine «definitive» Finanzordnung unter allen Umständen auch eine Neuregelung des Finanzausgleichs einschliessen müsse.

Inzwischen scheinen sich die Gemüter aber etwas beruhigt zu haben. Was den Finanzausgleich betrifft, so machte Bundesrat Celio klar, dass die Grundlagen für eine Reform noch nicht bereit sind; andererseits wurde ein Kompromiss gefunden, indem der Anteil der Kantone an der Verrechnungssteuer im Verlauf der Behandlung im Ständerat über den Antrag des Bundesrates hinaus von 8 auf 12 (statt auf 10) Prozent erhöht wurde. So fand sich in der Ständekammer eine Mehrheit, die wenigstens für eine Beseitigung der zeitlichen Beschränkungen zu haben war. Und die Kommission des Nationalrates ist nun gar noch weiter gegangen und hat die Vorlage des Bundesrates praktisch unverändert akzeptiert.

Damit ist natürlich noch nichts über das endgültige Schicksal der Vorlage entschieden. Schon im Nationalrat selbst ist noch einiges möglich, da nicht weniger als 12 Minderheitsanträge angemeldet sind. Vor allem aber hält es schwer, eine Prognose für die Volksabstimmung zu stellen. Der Gewerbeverband zum Beispiel hat seine Gegnerschaft schon mit Nachdruck angemeldet.

«Rote Herzen» in St. Gallen ...

Einigen Staub hat in der Berichtsperiode eine Affäre an der Kantonsschule St. Gallen aufgewirbelt. Es gehört mit ins Bild

unserer Zeit, dass besagter Staub ein publizistisches Ausmass annahm, das dem distanzierten Betrachter weit übertrieben schien, und dass der Staupilz dann verhältnismässig rasch wieder in sich zusammensank. Das Kernproblem allerdings bleibt der Diskussion nicht nur würdig, sondern ernstlich bedürftig. Denn die Wandlungen im Sexualverhalten der heutigen Jugend stellen nicht nur die Schulleitungen, sondern auch Eltern und Behörden vor neuartige Probleme, denen sie vielfach noch unvorbereitet und damit entsprechend ungeschickt begegnen. – Dass es im übrigen auch hier nicht an «gesellschaftsbewussten» Agitatoren fehlte, die sofort im Trüben zu fischen suchten, stellt kaum noch eine Überraschung dar. Dabei ist festzuhalten, dass sich die Kantonsschüler selbst alle Mühe gaben, sich von derartiger «Führerschaft» zu befreien und zu distanzieren. Das ist heutzutage bereits keine Selbstverständlichkeit mehr.

... und in Genf

«Rote Herzen» schlugen im Februar auch in Genf. Die Stimmbürger der Calvinstadt – genauer: 24,36 Prozent von ihnen – hielten es in ihrer Mehrheit für richtig, mit Nationalrat Dafflon einen Kommunisten in ihre Exekutive zu berufen. Es wird sich in den bevorstehenden Wahlen in die Waadtländer Regierung zeigen, ob das Resultat in Genf ein «Ausrutscher» war oder ob es sich um einen Trend handelt; denn dort kandidiert mit Nationalrat Forel ebenfalls ein Kommunist, und dies nicht mit schlechten Aussichten. So oder so wird man sagen müssen, dass die Hauptverantwortung bei einer Stimmbürgerschaft liegt, die ihre staatsbürgerlichen Pflichten zu wenig ernst genommen hat. Dafflon wurde weniger von der aktiven «Volksfront» der Linken als vielmehr vom passiven, nur zum kleinen Teil stimmenden Bürgertum ans Steuerruder befördert.

Von parteipolitischem Interesse

Das Ja des Schweizervolkes zum Zuckerbeschluss kann verschieden interpretiert

werden. Dass die Landwirtschaft darin ein Votum zur heutigen Agrarpolitik sieht, ist verständlich und wohl auch nicht ganz abwegig. Ebenso wenig ist aber von der Hand zu weisen, dass die Abstimmung auch parteipolitische Akzente hatte. Der Landesring machte sich zum Sprecher der Konsumentenschaft und nahm unter dieser volkstümlichen Flagge den Kampf gegen alle andern Parteien auf. Es ist typisch für die gegenwärtige politische Situation, dass seine «Niederlage» einer Überraschung gleichkam; so sehr ist in solchen Fragen das Selbstvertrauen der andern Gruppen angeschlagen. Aus dem Resultat weitergehende Schlüsse in bezug auf den «Landesring-Trend» zu ziehen, wäre indessen verfehlt.

Massenmord

Noch steht nicht mit letzter Sicherheit fest, dass die Flugkatastrophe von Würenlingen auf einen *arabischen* Anschlag zurückzuführen ist. Doch deutet alles auf Sabotage hin. Und es ist schwer vorstellbar, dass das Unglück nicht in den Zusammen-

hang der Nahost-Krise hineingehört. Zum zweitenmal ist unser Land damit zum «Kriegsschauplatz» ausersehen worden. Lief der erste Anschlag auf eine israelische Maschine noch glimpflich ab, so sind nun Dutzende von Unschuldigen getroffen worden. Die Terrortätigkeit hat damit Dimensionen erreicht, die ganz einfach ungeheuerlich sind.

In dem ruchlosen Vorgehen wird spürbar, welches Ausmass an Hassgefühlen sich unter den Arabern angesammelt haben muss. Diese Emotionen unter Kontrolle zu bringen, ist wohl ein hoffnungsloses Unterfangen. Erklärungen und Demarchen nützen also nichts. Man wird sich deshalb darauf einzurichten haben, unsere Luftverkehrswege in den Nahen Osten weiterhin unter kriegsähnlichen Zuständen offenhalten zu müssen – eine Aufgabe, die zu lösen sein sollte, auch wenn dies nerven- und kräfteverzehrend sein mag. Etwas anderes kommt nicht in Frage, schon gar nicht eine Kapitulation vor den Arabern und ihren Machenschaften.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Das schweizerische Konjunkturdämpfungsprogramm

Der Bundesrat hat zu Beginn dieses Monats in einer Botschaft das schon lange erwartete Paket von Massnahmen angekündigt, das im Blick auf eine leichte *Abkühlung* der überhitzten Wirtschaftslage ergriffen werden soll. Diese Massnahmen sollen die bereits in Kraft befindlichen Kreditrestriktionen ergänzen, die auf Grund des zwischen der Notenbank und der Bankiervereinigung bestehenden Rahmenabkommens getroffen wurden. Im Mittelpunkt des bundesrätlichen Dämpfungsprogrammes steht die Erhebung eines *Exportdepots* von 5% des Fakturawertes

der exportierten Waren, das seither heftig umstritten wird. Die übrigen Massnahmen demonstrieren den *Willen* der Regierung, den gegenwärtig im Gang befindlichen Boom wenigstens etwas unter Kontrolle zu bringen, ohne dass ihnen aber von der materiellen Wirkung her betrachtet eine sehr grosse Bedeutung zugesprochen werden könnte. Es handelt sich dabei:

- um Anstrengungen, die *öffentlichen Ausgaben* zu bremsen; der Bund hat zwar bereits ein ausgeglichenes Budget für 1970 vorgelegt. Kantone und Gemeinden aber weisen insgesamt noch beträchtliche Defizite auf.
- um *Sparmassnahmen* im öffentlichen

Sektor des Bundes, so in der Personalpolitik, in der Materialbeschaffung, usw.

- um eine vorzeitige Inkraftsetzung der noch ausstehenden Senkungsraten der *Kennedy-Runde*. Materiell bedeutet dies, dass die ohnehin schon tiefe Zollbelastung um rund 1% weiter herabgesetzt wird, um einen Prozentsatz also, dem keine konjunkturpolitische Relevanz zugesprochen werden kann. Der Bundesrat hat allerdings seine Bereitschaft in Aussicht gestellt, dann, wenn der konjunkturdämpfende Effekt zu gering ausfallen sollte, beziehungsweise dann, wenn der daraus entstehende Kostenvorteil der Importeure nicht bis zu den Konsumenten durchdringen sollte, noch weitere *selektive Zollsenkungen* in Aussicht zu nehmen.
- um eine Senkung der Garantiesätze der schweizerischen *Exportrisikogarantie*; auch dieser Massnahme kommt kein allzu grosses konjunkturpolitisches Gewicht zu.
- um die Erschwerung der *Abzahlungsverkäufe* durch eine Erhöhung der Mindestanzahlung und eine Kürzung der Abzahlungsdauer.

Alle diese Massnahmen können vom Bund in *eigener Kompetenz* beschlossen werden.

Auf dem Programm steht sodann die Erhöhung eines *Exportdepots* von generell 5% des Fakturawertes der ausgeführten Waren. Die aus diesem Depot anfallenden Mittel – sie werden auf rund 1 Mia. Franken geschätzt –, sollen auf einem Konto bei der Schweizerischen Nationalbank blockiert werden. Das Depot wird nicht verzinst und soll während dreier Jahre erhoben werden können; die Rückzahlung muss spätestens nach sieben Jahren erfolgen.

Diese Massnahme bringt keine eigentliche aussenwirtschaftliche Absicherung, denn sie dürfte deshalb, weil sie die Kostensituation bei der Exportindustrie nur minimal ändert, nicht zu einer eigentlichen Dämpfung der aussenwirtschaftlichen

Nachfrage führen. Dagegen bringt sie eine Verknappung der Liquiditätssituation in der Exportindustrie. Diese Massnahme muss vom Parlament in der Märzsession beschlossen werden.

Umstrittenes Exportdepot

Seit der Bundesrat seine Absicht bekundete, ein Exportdepot einzuführen, hat die Exportindustrie alles unternommen, um dieses Projekt zu Fall zu bringen. Die vorberatenden Kommissionen der beiden Kammern haben bereits beschlossen, den Räten *Nichteintreten* zu beantragen. Das Spektrum der Argumente, mit denen das Exportdepot abgelehnt wird, ist sehr rund: es nütze nichts, es sei existenzgefährdend, es bedrohe die Exportmärkte, es gefährde den Wohlstand des Landes, es handle sich um einen Straffeldzug gegen die Exportindustrie usw. Es wird mit der Lupe nach Rezessionserscheinungen gesucht, um damit eine «autonome» Abkühlung zu prognostizieren.

Praktisch alle Analysen der schweizerischen Wirtschaftslage zeigen an, dass, obwohl *alle* drei grossen Nachfragekomponenten – Auslandsnachfrage, Konsumgüternachfrage, Investitionsgüternachfrage – nun eine steigende Tendenz eingeschlagen haben, das eigentliche Zentrum der überproportionalen Nachfrageentwicklung im *Exportsektor* liegt. Dies ist der Grund, weshalb der Bundesrat – richtigerweise – in seinem Paket auch Massnahmen eingebaut hat, die in diesen Sektor «greifen» sollen. Dabei ist nicht zu übersehen, dass der Bundesrat, wenn von der Aufwertung abgesehen wird, insofern die mildeste Variante wählte, als eigentliche Exportzölle oder eine nicht rückzahlbare andere Exportabgabe wesentlich schärfer gewirkt hätten.

Es ist natürlich zutreffend, dass dem Exportdepot verschiedene *Mängel* anhaften; so insbesondere das Faktum, dass es partiell über eine entsprechende *Kreditaufnahme* refinanziert werden kann. Ausserdem ist es längst kein Geheimnis mehr,

dass besonders die grossen Exportunternehmen erhebliche Liquiditäten auf dem Eurodollarmarkt angelegt haben und dadurch in der Lage sind, die Depots über eine Repatriierung solcher Mittel zu finanzieren. Soweit die Depots über Kredite finanziert werden, wird der Liquiditätsentzug deshalb, weil das globale Kreditvolumen nicht mehr zunehmen kann, sozusagen nach «unten» transformiert, weil die Banken natürlich bestrebt sein werden, die Kreditwünsche ihrer potenten Kunden zu erfüllen und die Kreditgewährung dafür bei den mittleren und kleineren Betrieben stärker einzuschränken. Jedoch wird es bei einer globalen Massnahme nie möglich sein, eine «gerechte» Lastenverteilung zu erreichen, schon allein deshalb nicht, weil in der Konjunkturpolitik alle Betroffenen ihre eigenen «Gerechtigkeitsvorstellungen» haben.

Hätte das Exportdepot *differenziert* angewandt werden können? Das ist einmal deshalb ausgeschlossen, weil eingehende Abklärungen gezeigt haben, dass ein nach Branchen oder Warengruppen differenziertes Depot kaum mehr zu administrieren ist. Gültige Abgrenzungskriterien sind nicht zu finden und noch viel schwerer sind objektive Anhaltspunkte für die differenzierenden Belastungssätze zu eruieren. Entscheidend scheint aber der Einwand, dass bei einem differenzierenden Depot der Schritt zu einem eigentlichen staatlichen *Interventionismus* vollzogen worden wäre, der für eine Marktwirtschaft nicht mehr tragbar ist.

Um die künftigen Aktionsmöglichkeiten der schweizerischen Aussenhandelspolitik nicht zu präjudizieren, hat die Regierung darauf Bedacht genommen, dass die Erhebung des Depots im Einklang mit den *völkerrechtlichen Verpflichtungen* des Landes erfolgt. Der Bundesrat hatte deshalb sicherzustellen, dass die EFTA-Partner keine Einwände auf Grund von Art. 8 des EFTA-Vertrages erheben können, der Exportzölle und jede andere Ausfuhrbelastung mit gleicher Wirkung untersagt. Nachdem die Schweiz die gegenwärtige Wirtschaftslage im Wirtschafts-

schuss der EFTA dargelegt hatte, haben die EFTA-Staaten gegen die Einführung eines Depots nicht opponiert, ohne damit allerdings die rechtliche Beurteilung dieser Massnahme zu präjudizieren. Die EFTA behielt sich ferner vor, auf diese Angelegenheit zurückzukommen, falls schädliche Auswirkungen auf den EFTA-Handel eintreten sollten.

Momentan hat es nicht den Anschein, als ob das Exportdepot die Klippe des Parlamentes passieren könnte. Der Bundesrat hat bereits angedeutet, dass er im Falle einer Ablehnung darauf verzichten würde, eine andere Massnahme mit ähnlicher Wirkung in Erwägung zu ziehen. Das wäre ihm tatsächlich auch nicht zuzumuten. Und da eine Aufwertung des Schweizerfrankens nicht mehr in Betracht zu ziehen ist und auch wirtschaftlich heute kaum mehr zu vertreten wäre, müsste damit gerechnet werden, dass sich unser Land *schutzlos* einer *Anpassungs-inflation* ausgesetzt sähe, die nach Schätzung von Experten das Ausmass von zwischen 4% und 5% annehmen könnte.

Wirtschaftsbotschaft des amerikanischen Präsidenten

Zu Beginn dieses Monats hatte Präsident *Nixon* seine Wirtschaftsbotschaft an den Kongress gerichtet. Sie enthält, was bemerkenswert ist, ein Bekenntnis zur *Preisstabilität*, das in die Leitlinien einer wirtschaftlichen Gesamtkonzeption eingebettet ist. An die Spitze seiner Grundprinzipien stellte Nixon die Forderung zur Aufrechterhaltung der Kaufkraft und zur «Integrität» des Dollars. Dies soll unter Wahrung eines optimalen Produktionsniveaus im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung erfolgen. Dabei soll der Trend der Wirtschaftspolitik vermehrt auf die längerfristigen Aspekte gelegt werden.

Die Botschaft des US-Präsidenten enthält sodann eine eher *zurückhaltende Konjunkturprognose*. Obwohl Nixon bei seinem Amtsantritt in Aussicht stellte, das makroökonomische Gleichgewicht wieder herzu-

stellen, hat er in seiner Botschaft zugegeben, dass die Resultate bisher den Erwartungen nicht entsprachen. Die Teuerung hält nach wie vor an. Nixon erwartet erst in der zweiten Jahreshälfte eine Lockerung der Restriktionen und damit eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums.

Kernstück des Programms zur Wiederherstellung des Gleichgewichts bildet eine aktivere *staatliche Finanzpolitik*. Im monetären Bereich erachtet die Verwaltung einen «mässigeren» Restriktionsgrad als adäquat.

Die Deutsche Bundesbank gedämpft optimistisch

Im kürzlich veröffentlichten Quartalsbericht der Deutschen Bundesbank werden die Wirtschaftsaussichten im allgemeinen *positiv* beurteilt. Die Devisenabflüsse nach der Aufwertung der D-Mark sind beträchtlich ausgefallen und haben eine spürbare Einengung der Liquiditäten gebracht. Der Devisenabfluss hat in der Sicht der Bundesbank binnen- und aussenwirtschaftlich

stabilisierend gewirkt. Die Bundesbank führt keine Klage gegen die steigenden Zinssätze. Sie sieht das Mietproblem weniger als ein solches der Zinse, als vielmehr ein solches der Nachfragestruktur. Entscheidend ist für die Bundesbank die Hauptwirkung der Zinssteigerung, die darin liegt, dass steigende Finanzierungskosten die Nachfrage nach Investitionsgütern und nach Bauleistungen dämpfen und auf diese Weise dem Preisauftrieb entgegenwirken. Liquiditätsverengung und der auf Zinserhöhung gerichtete Kurs der Kreditpolitik werden zudem auch aussenwirtschaftlich positiv beurteilt.

Die Bundesbank gibt aber auch der Auffassung Ausdruck, dass die im Gang befindlichen Preisauftriebstendenzen nicht völlig zu stoppen sind; sie macht in diesem Zusammenhange insbesondere auf die *Lohnwelle* aufmerksam, die bereits seit Mitte des letzten Jahres ins Rollen gekommen ist. Die für 1970 geschätzten Produktivitätssteigerungen werden nicht einmal halb so gross sein wie die Lohnzugeständnisse.

Oeconomicus